

ARGUMENTATIONSHILFE

Schuldenbremse

DIE LINKE.

THEMA

SCHULDENBREMSE

Die angebliche Schuldenbremse ist in Wahrheit eine Investitionsbremse. Sie behindert Investitionen in Bildung, Pflege, Verkehr und allen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie für den dringenden Umbau zur klimaneutralen Gesellschaft. Damit hinterlässt sie unseren Kindern und Enkeln eine marode Infrastruktur, macht die Kommunen ärmer und wirkt sich verheerend auf die Lebensqualität, insbesondere von Menschen mit geringerem Einkommen aus. Sie befördert die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur, die häufig noch teurer für die Steuerzahler*innen ist, da die Allgemeinheit dann den privaten Investoren hohe Renditen finanzieren muss. Auch volkswirtschaftlich ist sie unsinnig und gehört abgeschafft.

Wir wollen einen handlungsfähigen Staat im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb müssen Kredite im Umfang der Investitionen wieder möglich sein. Erst recht wenn die Zinsen, die der Staat wie derzeit am Kapitalmarkt aufbringen muss extrem niedrig sind, teils sogar negativ. Eine gute Infrastruktur nützt noch unseren Enkelkindern. Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen und stattdessen Investitionen in den Ausbau sozialer Dienstleistungen und öffentlicher Infrastruktur jenseits von Markt und Profit fördern.

Was sagen die anderen?

Die **SPD** will die Spielräume zur Kreditaufnahme nutzen aber die Schuldenbremse generell beibehalten.

Die Grünen sprechen von einer zeitgemäßen Ausgestaltung und wollen den Spielraum für dringende Investitionen erweitern.

Die **FDP** will die öffentlichen Haushalte noch weiter drangsalieren und mit einem »Tilgungsturbo« die Schulden zügig unter 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes drücken.

Die **CDU** legt ein Bekenntnis zur Schuldenbremse ab und die **AfD** äußert sich gar nicht zum Thema.

LINKE Gegenargumente

SPD und Grüne sehen Probleme der Schuldenbremse, trauen sich aber nicht, das Instrument grundsätzlich in Frage zu stellen. Einzig DIE LINKE steht für ein konsequentes Ende dieser Investitionsbremse. Solange es keine politischen Mehrheiten dafür gibt, wollen wir die Spielräume innerhalb dieser Investitionsbremse zumindest erweitern. Die Tilgungsverpflichtung für die Coronakredite des Bundes müssen auf mindestens fünfzig Jahre gestreckt werden und Aufwendungen für Zinszahlungen dürfen den Kreditspielraum nicht zusätzlich einschränken.